

Direktion der Justiz und des Innern
Jacqueline Fehr, Regierungsrätin
Neumühlequai 10
8090 Zürich
Per E-Mail an samuel.wenk@ji.zh.ch

Zürich, 20.09.2023

Stellungnahme der SP Kanton Zürich zur Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative betreffend Stellvertretungsregelung für Zürcher Parlamente

Sehr geehrter Frau Regierungsrätin, sehr geehrter Herr Locher, sehr geehrter Herr Wenk

Die SP Kanton Zürich bedankt sich für die Möglichkeit, zur Parlamentarischen Initiative betreffend Stellvertretungsregelung für Zürcher Parlamente Stellung nehmen zu können. Als Urheberin der Parlamentarischen Initiative unterstützt die SP Kanton Zürich die beabsichtigten Verfassungs- und Gesetzesänderungen selbstverständlich.

Aus unserer Sicht ist die Einführung einer Stellvertretungsregelung überfällig. Es geht darum, unsere Milizparlamente für die Zukunft zu stärken. Eine Stellvertretungslösung trägt zu diesem Anliegen bei, indem sie ermöglicht, Beruf, Familie und gewissenhafte Ausführung des Parlamentsmandats besser zu vereinbaren. Eine Stellvertretungslösung gewährleistet, dass die Fraktionen ihr Stimmenpotential auch bei längeren Abwesenheiten voll ausschöpfen können. Damit wird der Wille der Wähler:innen möglichst vollständig repräsentiert. Zudem verhindert eine Stellvertretungsregelung eine Vielzahl unnötiger, frühzeitiger Rücktritte und trägt damit zur Kontinuität und Qualität der parlamentarischen Arbeit bei.

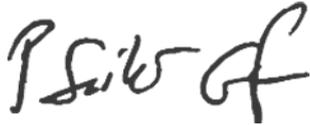
Auch wenn wir uns gewünscht hätten, dass die zulässigen Gründe für eine Stellvertretung weiter gefasst worden wären (Eltern- statt Mutterschaft sowie Abwesenheiten aufgrund von Aus- und Weiterbildungen), unterstützen wir die von der Kommission für Staat und Gemeinden erarbeitete, abgeänderte Parlamentarische Initiative. Aus unserer Sicht hat die Kommission eine sehr gute Arbeit geleistet und insgesamt einen zweckmässigen, gut umsetzbaren und mehrheitsfähigen Vorschlag zur Schaffung einer Stellvertretungslösung für Zürcher Parlamente vorgelegt. Im Sinne der Gemeindeautonomie begrüssen wir namentlich auch die Kann-Formulierung für kommunale Parlamente, die es den betroffenen Gemeinden überlässt, ob sie eine Stellvertretungsregelung einführen wollen. Dass die Schaffung von Stellvertretungslösungen auch bei Gemeindeparlamenten im Kanton Zürich ein Bedürfnis darstellt, zeigt die entsprechende Behördeninitiative des Gemeinderates der Stadt Zürich.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Zu den einzelnen Verfassungs- und Gesetzesartikeln haben wir keine spezifischen Bemerkungen.

Freundliche Grüsse

**Sozialdemokratische Partei
Kanton Zürich**

Priska Seiler Graf
Co-Präsidentin



Andreas Daurù
Co-Präsident

